Fraktion Bündnis 90/Die Grünen + Volt + Piratenpartei
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

25.08.2026

In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Verwaltungsausschuss
an den Stadtbezirksrat Linden-Limmer (zur Kenntnis)
an den Stadtbezirksrat Kirchrode-Bemerode-Wülferode (zur Kenntnis)

Änderungsantrag gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover **zur Drucksache 1412/2025 - Schulstandort Göttinger Straße 14 / 18. Gymnasium / IGS Linden**

Antrag:
Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

Der weitere Aufbau des 18. Gymnasiums (Gymnasium Bemerode) und die Schaffung der hierfür erforderlichen gymnasialen Kapazitäten werden ausdrücklich bestätigt.
Die Verwaltung wird zugleich beauftragt, die Standortentscheidung in eine schulformübergreifende und langfristig tragfähige Schulentwicklungsplanung einzubetten und dem Schul- und Bildungsausschuss einen verbindlichen Umsetzungsplan vorzulegen. Dieser soll insbesondere:

1. eine dauerhafte Entwicklungsperspektive für die IGS Linden einschließlich ihres zusätzlichen Raum- und Sanierungsbedarfs sichern,
2. zur Deckung des Gymnasialplatzbedarfes in Jahrgang 5 alternative Lösungen vorzulegen.
3. die Standortlogik Göttinger Straße 14 im Verhältnis zu den Schulplatzbedarfen und Schüler*innenströmen in Linden, Ricklingen und Bemerode nachvollziehbar darlegen und dabei auch erläutern, warum eine Nutzung als gymnasiale Außenstelle eines fußläufig erreichbaren bestehenden Gymnasiums nicht vorzugswürdig ist,
4. die Auswirkungen der Standortentscheidung auf IGS, Oberschulen, Realschulen und Gymnasien sowie die jeweiligen Kapazitätsbedarfe berücksichtigen,
5. die Rückmeldungen und nachvollziehbaren Anliegen der betroffenen Elternschaften und Schulgemeinschaften in die weitere Umsetzung einbeziehen.

Der Umsetzungsplan ist den politischen Gremien vor Einleitung irreversibler Maßnahmenam Standort Göttinger Straße 14 vorzulegen.

Begründung
Hannover benötigt zusätzliche gymnasiale Schulplätze und eine verlässliche Perspektive für das 18. Gymnasium. Zugleich müssen die berechtigten Entwicklungsbedarfe bestehender Schulen und die Rückmeldungen der betroffenen Elternschaft ernst genommen werden.
Eine langfristige Standortentscheidung muss deshalb über die kurzfristige Bereitstellung von Kapazitäten hinausgehen. Ziel ist eine Lösung, die Schulqualität, Erreichbarkeit, gewachsene Standortbezüge und die Bedarfe aller Schulformen miteinander verbindet und damit dauerhaft Akzeptanz schafft.

Dr. Elisabeth Clausen-Muradian / Dr. Daniel Gardemin
Fraktionsvorsitz